



Friedhelm Hengsbach SJ

125 Jahre Römische Sozialverkündigung - von Leo XIII bis Franziskus

*Impulsreferat während des Gemeinsamen Seminars der
Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen, der
Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen und
der Katholischen Arbeiternehmerbewegung Deutschlands
am 3. Mai 2016 in Brüssel.*

Das Jahr des ersten, von Papst Leo XIII. verfassten Sozialrundschreibens ist zugleich das Jahr, in dem der Deutsche Metallarbeiterverband gegründet wurde: 1891. Die zeitliche Parallele stimmt jedoch nicht mit der praktischen und reflexiven Zeitfolge überein. Denn die sozialetische Reflexion des Papstes ist das zweite Wort, das auf eine geschichtliche Herausforderung reagiert. Das erste Wort sind die Zeichen der Zeit. Diese sind im Licht des Evangeliums zu deuten. Oder gemäß jener Verortung, die Friedrich Hegels der philosophischen Reflexion zuwies, dass nämlich die Eule der Minerva erst bei einbrechender Dämmerung mit ihrem Flug beginnt. Dieser Quasi-Dialog von Wort und Antwort gilt auch für die kirchliche Sozialverkündigung.

Wer sich anmaßt, oder wer die Auftragsarbeit leisten soll, einen roten Faden der römischen Sozialverkündigung während eines Zeitraums von 125 Jahren ausfindig zu machen, spürt schnell die Überforderung, als ließe sich die säkulare und die kirchliche Sozialgeschichte linear nachzeichnen. Deshalb bitte ich um Nachsicht für die rigorose Selektion, die ich vorgenommen habe.

In dem Zeitsprung von „Rerum Novarum“ des Papstes Leo XIII. bis „Laudato si“ des Papstes Franziskus werde ich drei Wegmarken auszeichnen. Ich sortiere meine Reflexion, indem ich den Klassenkonflikt, den Nord-Süd-Konflikt und den öko-sozialen Konflikt thematisiere.

1. Der Klassenkonflikt

Seit den 1980er Jahren wurde in den Sozialwissenschaften verstärkt der Versuch unternommen, die vertikale Schichtung moderner Gesellschaften durch Milieustudien zu überlagern. Es wurden horizontal verlaufende Wertorientierungen und Lebensstile abgebildet. Doch seit Beginn des neuen Jahrhunderts können diese Studien kaum mehr verschleiern, dass die Konturen einer pluralen Klassengesellschaft wieder erkennbar geworden sind. Wird die Erinnerung an Papst Leo XIII. wieder lebendig?

1.1 Leo XIII.

Der Papst beginnt sein Rundschreiben mit dem Hinweis auf den „Geist der Neuerung“, der von der politischen in die wirtschaftliche Sphäre hinübergreift. Als dessen Auswirkungen benennt er die industrielle Revolution unter Einsatz der Technik, die Klassenlage der Vermögenden und der Arbeiter, das Kapital in den Händen einer Minderheit, eine Bevölkerungsmehrheit, die verarmt, und das wachsende Selbstbewusstsein der Arbeiter, die den gesellschaftlichen Rang ihrer Arbeit entdecken - das alles habe den sozialen Konflikt hervorgerufen, vor dem wir stehen, meint der Papst.

Realistisch und scharfsinnig wird die Erosion des Feudalsystems beschrieben. Die Leibeigenen werden von der Ortsbindung und Dienstverpflichtung befreit, können die Partnerin, den Wohnort und den Arbeitgeber frei wählen. Aber sie haben gleichzeitig die Sozial- und Fürsorgepflichten ihrer Dienstgeber verloren und damit ihre bisherige Existenzgrundlage. Die Feudalherren dagegen haben ihr Grund-, Sach- und Geldvermögen behalten.

Folglich ist die moderne Industriegesellschaft durch einen scharfen Gegensatz bestimmt: einer Minderheit wird das Eigentum an den Produktionsmitteln zugestanden, so dass diese die Wirtschaft im eigenen Interesse steuern kann. Eine Mehrheit der Bevölkerung dagegen verfügt über nichts als über ihr Arbeitsvermögen. Dieses einem Kapitaleigner und Arbeitgeber anzubieten, sind sie genötigt, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Beide gesellschaftlichen Gruppen sind indessen aufeinander angewiesen: die Kapitaleigner auf die fremden Arbeiter, um ihr Kapital rentabel zu verwerten, und die Arbeitenden, weil sie ohne eine abhängige Beschäftigung, und ohne das sie sich einem fremden Willen unterwerfen, nicht überleben können. Daraus folgert der Papst: Ebenso wenig wie das Kapital ohne die Arbeit, kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.

Wie kann diese asymmetrische Klassenlage überwunden werden? Nicht indem die menschliche Arbeit wie eine Ware den marktwirtschaftlichen Regeln von Angebot und Nachfrage unterworfen wird. Das fordern liberale Ökonomen. Der Papst kennt dagegen drei Auswege: Erstens müssen sich die abhängig Beschäftigten solidarisch zusammenschließen und Koalitionen bilden. Das Koalitionsrecht wird ausdrücklich anerkannt. Zweitens sollen die Arbeiter durch Fleiß und eine strenge Lebensführung Ersparnisse bilden und Privateigentum erwerben. Dadurch verringern sie ihre Abhängigkeit vom Kapitaleigner und entschärfen die Befehlsgewalt des Arbeitgebers. Der Papst verteidigt das Privateigentum als ein individuelles Grundrecht, das der Mensch von der Natur erhalten hat. Drittens muss der Staat sich von der Rolle des Nachtwächterstaats verabschieden. Er hat die Aufgabe, die offenen Flanken

des freien Marktes zu schließen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu gewährleisten und eine kollektive Vorsorge gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Berufskrankheiten zu organisieren.

1.2 Pius XI.

Vierzig Jahre nach dem Rundschreiben „Rerum Novarum“ unterscheidet Pius XI. zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der kapitalistischen Klassengesellschaft. Kapitalistische Wirtschaftsweise heißt: marktwirtschaftlicher Wettbewerb, arbeitsteiliger Produktionsprozess unter Einsatz hochgradiger Technik, elastische Geldversorgung und privatautonome Unternehmensorganisation. Kapitalistische Klassengesellschaft dagegen meint ein gesellschaftliches Machtverhältnis, das asymmetrisch verläuft. Dieses endet, wie der Papst feststellt, in einer Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, in der Selbstaufhebung schrankenloser Wettbewerbsfreiheit, in der Konzentration einer Finanzmacht, welche die Realwirtschaft beherrscht, in Machtkämpfen innerhalb der Wirtschaft, in der Unterwerfung des Staates durch die Wirtschaft und in Konflikten der Staaten untereinander.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht in sich schlecht, ebenso wenig das Lohnarbeitsverhältnis, etwa die geregelte Unterordnung der Belegschaft unter eine einheitliche Betriebsleitung und Unternehmensführung. Sie ist auch dann noch nicht schlecht, wenn man sich daran stört, dass die Arbeiter nicht zum Unternehmen dazugehören sondern gesellschaftsrechtlich ein Fremdkörper bleiben, obwohl sie sich persönlich mit dem Wohl des Unternehmens identifizieren. Immerhin hindert diese Wirtschaftsweise sowohl die Belegschaft daran, einen Anspruch auf den vollen Arbeitsertrag anzumelden, als auch den Kapitaleignern, einen Anspruch auf den vollen Kapitalertrag zu erheben.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise wird dann verwerflich und entartet zur kapitalistischen Klassengesellschaft, wenn das Kapital die Lohnarbeiterschaft instrumentalisiert und seinen Dienst nimmt, um die Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt nach seinem Gesetz und zum eigenen Vorteil ablaufen zu lassen, ohne Rücksicht auf die Menschenwürde des Arbeiters, auf die Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft, auf das allgemeine Interesse und die Gerechtigkeit. Das Rundschreiben unterscheidet zwischen einem Klassenkampf, der den Gegner zu vernichten droht, und der Auseinandersetzung der Klassen, die vom Willen geprägt ist, Gerechtigkeit und Fairness in der Arbeitswelt zu verwirklichen.

Die Eigentumsfrage wird weiter präzisiert. Das Eigentum hat eine Individualfunktion - damit jeder für sich und die Seinen sorgen kann, und eine Sozialfunktion - damit das Privateigentum dazu dient, die Güter der Erde allen Menschen zukommen zu lassen. Zwischen der Institution des individuellen Grundrechts und dem verantwortlichen Umgang mit privatem Eigentum, der auf dem Klageweg nicht erstritten werden kann, ist zu unterscheiden. Der Staat kann indessen die Grenzen des Eigentumsgebrauchs festlegen und sie im allgemeinen Interesse korrigieren.

1.3 Paul VI.

Die ursprünglich bürgerlich-liberale Eigentumsperspektive der kirchlichen Sozialverkündigung ist vom Zweiten Vatikanischen Konzil radikal verändert, nahezu vom Kopf auf die Füße gestellt worden. Diese Umstellung spiegelt sich unmittelbar in dem Rundschreiben Papst

Pauls VI. über die Entwicklung der Völker wieder, das zwei Jahre nach dem Abschluss des Konzils veröffentlicht wurde. Erster Grundsatz ist nun der Kollektivanspruch der Menschen auf die Güter der Erde. Der Papst beruft sich auf die Aussage des Konzils, dass Gott die Erde mit allem, was sie enthält, zum Nutzen für alle Menschen und Völker bestimmt hat. Die Erde stellt also, erklärt der Papst, die Ressourcen zur Verfügung, damit jeder Mensch auf ihr die Mittel für seine Existenz und Entwicklung findet. Folglich habe jeder Mensch das Recht, auf ihr das zu finden, was er nötig hat. Alle anderen Rechte, ganz gleich welche, auch das des Eigentums und des freien Tausches, seien diesem Grundgesetz untergeordnet. Das Privateigentum sei also für niemanden ein unbedingtes und unumschränktes Recht.

1.4 Johannes Paul II.

Die Einflüsse des Konzils sowie seiner beiden Vorgänger sind in dem Rundschreiben „Laborem Exercens“ zu spüren, einer Magna Charta menschlichen Arbeitens, die der polnische Papst Johannes Paul II. unmittelbar nach der zweiten Rohölpreiserhöhung und nach einem weltweit massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit veröffentlicht hat. Er ist auch der erste Papst, der das in Deutschland tabuisierte Wort „Kapitalismus“ unbefangen in den Mund nimmt.

In einer sozialetischen Reflexion, die stark idealtypisch angelegt ist, zeichnet er ein Leitbild menschlicher Arbeit, das drei Dimensionen umfasst. Der Dreiklang der naturalen, personalen und sozialen Dimension der Arbeit, wobei die personale Dimension eindringlich hervorgehoben ist, bildet den Schlüssel der sozialen Frage.

Damit wird die idealtypische Reflexion in den geschichtlichen Konflikt der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital eingebettet. Hinter den Produktionsfaktoren stehen gesellschaftliche und politische Kräfte, lebendige Menschen - Arbeiter, ohne Eigentümer der Produktionsmittel zu sein, und die Eigentümer der Produktionsmittel. Arbeit und Kapital lassen sich jedoch nicht trennen, sie sind einander zugeordnet. Die Zuordnung erfolgt wechselseitig, aber nicht gleichrangig. Auf Grund der entschieden personalen Sicht ergibt sich der Wert der Arbeit aus der Würde des Menschen. Infolgedessen hat die Arbeit Vorrang vor dem Kapital. Diese Rangordnung begründet der Papst damit, dass die Arbeit Hauptursache, das Kapital - als Summe der Produktionsmittel - nur Instrumentalursache der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist. Zudem ist der Mensch das Subjekt der Arbeit, das Kapital bloß eine Summe von Dingen.

Aus dem Primat des Menschen gegenüber den Sachen werden fünf Folgerungen gezogen. Erstens ist das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht absolut und unantastbar. Zweitens ist das private Eigentumsrecht dem Grundsatz der Bestimmung der Erdengüter für alle untergeordnet. Drittens widersprechen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln gründen, dessen Hinordnung auf die Arbeit und das gemeinsame Recht aller Menschen auf die Nutzung der Güter dieser Erde. Viertens ist das, was im Eigentumsrecht des harten Kapitalismus fehlerhaft ist, einer konstruktiven Revision zu unterziehen. Fünftens gewinnen in diesem Licht zahlreiche Empfehlungen des obersten kirchlichen Lehramtes bezüglich der Gewinnbeteiligung, des Miteigentums, der Arbeitnehmeraktien und der Mitbestimmung besonderes Gewicht.

2. Der Nord-Süd-Konflikt

Bevor die so genannte Globalisierung als Herausforderung der Industrieländer wahrgenommen wurde und bei den politischen Entscheidungsträgern eine Art Alarmstimmung auslöste, als sei die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Exportindustrie bedrohte, wurde in der römischen Sozialverkündigung das weltweite Ausmaß registriert, dass die soziale Frage inzwischen angenommen hatte. Die soziale Ungleichheit zwischen den wohlhabenden Ländern der nördlichen Erdhalbkugel und den weniger entwickelten Ländern der südlichen Erdhalbkugel war gewachsen, aber auch die soziale Spaltung innerhalb der jeweiligen Länder hatte zugenommen. Auf der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, die 1972 in Rio de Janeiro stattfand, setzten die Entwicklungsländer das Anliegen der Entwicklung und des sozialen Ausgleichs als gleichrangiges Konferenzthema durch. Während eines Seminars über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten erklärte ein Student aus Mali: „Ihr Europäer solltet nicht vergessen, dass die Regierungen jener Staaten in Afrika, die in die Unabhängigkeit entlassen wurden, in der Regel noch postkoloniale Eliten sind“.

2.1 Paul VI.

Zwei Jahre nach dem Zweiten. Vatikanischen Konzil hat Papst Paul VI. das Rundschreiben „Populorum Progressio“ vorgelegt. Darin werden die Kennzeichen einer im Weltmaßstab imperialen Ökonomie mit erheblichem Konfliktpotential erkennbar. Der Papst beschreibt den weltweiten Konflikt auf zwei Ebenen - sowohl innerhalb der Entwicklungsländer als auch zwischen den Industrieländern und den weniger entwickelten Ländern.

◆ Die jungen Völker haben die politische Unabhängigkeit erlangt, sind jedoch fragile Staaten geblieben. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung steht noch aus. Die Führungseliten orientieren sich an den hegemonialen Zentren in den USA und in der EU. Die Masse der Bevölkerung dagegen ist von der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, lebt in Armut und unter unwürdigen Arbeitsbedingungen. Traditionelle Sozialstrukturen zerbrechen, der gesellschaftliche Zusammenhalt geht verloren, der Konflikt der Generationen spitzt sich zu. Die einen suchen die alten Traditionen wiederzubeleben, die anderen passen sich dem Lebens- und Konsumstil des weltwirtschaftlichen Nordens an.

Der Papst warnt vor der Anwendung revolutionärer Gewalt, um das gesellschaftliche Schisma zwischen den global ausgerichteten Eliten in den Megastädten und den armen, unterdrückten Bevölkerungsgruppen zu beseitigen. Denn der Griff zu den Waffen würde neues Unrecht erzeugen, neue Störungen des Gleichgewichts, gesellschaftliche Zerrüttung. Ein existierendes Übel ließe sich nicht mit einem noch größeren Übel vertreiben. Allerdings gebe es eine Ausnahme, welche die Wahl revolutionärer Gewalt rechtfertigen kann: eine Situation eindeutiger und langanhaltender Gewaltherrschaft, welche die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem allgemeinen Interesse des Landes ernsthaften Schaden zufügt. Doch die Entscheidung für dieses letzte Mittel sei nicht alternativlos: An dessen Stelle bieten sich radikale gesellschaftliche Reformen an, aber nicht solche, die bloß in freiem Wettbewerb, wirtschaftlichem Wachstum und. technokratischem Fortschritt bestehen.

Die Industrialisierung und eine arbeitsorientierte Marktwirtschaft können zu einer ganzheitlichen Entwicklung der Menschen beitragen, meint der Papst. Nicht aber die Abart dessen, was man „Kapitalismus“ nennt, wonach der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen

Fortschritts ist, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht. Gegen einen solchen ungehemmten Liberalismus muss daran erinnert werden, dass die Wirtschaft ausschließlich dem Menschen zu dienen hat.

◆ Der internationale Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist - in der Sichtweise des Papstes - durch verfestigte Asymmetrien gekennzeichnet. Sie widerlegen die Verheißungen des Freihandels, der angeblich allen beteiligten Handelspartnern zum Vorteil gereicht. Zwar sind liberale Ökonomen unbeirrt davon überzeugt, dass der Markt die Idealform menschlicher Beziehungen sei, weil auf freien Märkten im Tausch ein Interessenausgleich zustande kommt, der Anbieter und Nachfragende zufrieden stellt. Der Papst jedoch sieht, wie eine Weltwirtschaft, die unter den Bedingungen der Fairness und Chancengleichheit für alle Beteiligten ablaufen sollte, durch ungleiche Handelsbeziehungen, Preisschwankungen und Preisverfall auf den Märkten für Nahrungsmittel und Rohstoffe sowie durch Handelspartnerschaften zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gestört ist, die idealtypisch auf gleicher Augenhöhe, tatsächlich jedoch unter extrem ungleichen Produktions-, Nachfrage- und Entwicklungsbedingungen stattfinden.

Paul VI. überträgt einen Textabschnitt aus „Rerum Novarum“ auf die Deutung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Leo XIII. hatte bezweifelt, dass ein wechselseitiges Einverständnis zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber beim Abschluss eines freien Arbeitsvertrags allein schon die Fairness eines solchen Vertrags gewährleiste. Dies sei nur dann der Fall, wenn die Verhandlungsmacht zwischen beiden Partnern halbwegs gleich sei. In der Regel ist sie jedoch ungleich. Denn der Arbeiter steht unter Einigungszwang, weil sein Lebensunterhalt nur dann gesichert ist, wenn der Abschluss zustande kommt. Der Arbeitgeber dagegen kann warten, solange er damit rechnet, dass andere Arbeiter die von ihm gesetzten Bedingungen akzeptieren werden, oder dass er in der Lage ist, notfalls auf sein Vermögen zurückzugreifen. Deshalb appelliert der Papst an die politisch Verantwortlichen in den Industrieländern, die Doppelzüngigkeit zu beenden, indem sie - wie die EU - sowohl die eigene landwirtschaftliche Produktion als auch den Export von Agrarüberschüssen in Entwicklungsländer subventionieren. Dort ruinieren sie die Märkte und gefährden die Existenz von Kleinbauern. Sie sollten stattdessen den internationalen Handel ordnen, Chancengleichheit für alle herstellen und ungleichen Tausch unterbinden.

2.2 Johannes Paul II.

Zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung von „Populorum Progressio“ bestätigt Papst Johannes Paul II. die Einsicht seines Vorgängers, wie sehr die soziale Frage eine weltweite Dimension, angenommen habe - nun allerdings neben der Nord-Süd-Richtung zusätzlich eine Ost-West-Richtung. Nationale gesellschaftliche Konflikte ließen sich nur noch in diesem doppelten globalen Zusammenhang begreifen. Zudem sei die menschliche Entwicklung mehr als wirtschaftliches Wachstum. Aber es brauche neben der sozio-ökonomischen Diagnose eine kulturelle und ethische Diagnose. Eine solche Reflexion müsse sich von den Leiden der Mehrheit der Weltbevölkerung, der Armen und Unterdrückten berühren lassen. „Populorum Progressio“ sei allerdings von einem überzogenen Entwicklungsoptimismus bestimmt gewesen. Die strukturellen Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern habe Paul VI. unterschätzt. Das besondere Profil des Rundschreibens, dem der polnische

Papst den Titel: „Sollicitudo Rei Socialis“ gegeben hat, lässt sich in vier Facetten erschließen.

◆ Der Papst zeichnet ein negatives Stimmungsbild, das zu einer pessimistischen Grundstimmung verleitet. Die Menschheit ist gespalten in extreme Armut, Ausgrenzung und konzentrierten Reichtum - global zwischen den Ländern und national innerhalb der Länder. Die formale Souveränität scheiternder Staaten ist beeinträchtigt durch das Übergewicht transnationaler Konzerne und die Kontrolle durch ausländische Mächte. Die menschliche Entwicklung ist in den armen Ländern ausgebremst, aber auch innerhalb der reichen Länder. Deren Ursache ist nicht der Ressourcenmangel, sondern deren asymmetrische Verteilung.

◆ In einer ökonomisch-politischen Analyse wird das Bestehen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Mechanismen identifiziert. Diese wirken fast automatisch und verfestigen die Situation des Reichtums der einen und der Armut der anderen, obgleich sie vom Willen der Menschen gelenkt sind. Die Asymmetrie der globalen wirtschaftlichen und politischen Strukturen hat zur Folge, dass die Unterentwicklung der Mehrheit der Weltbevölkerung als Begleiterscheinung der Entwicklung weniger Industriegesellschaften aufrechterhalten und verfestigt wird. Ein besonderer Akzent der Analyse des Papstes besteht darin, dass eine komplexe Ursache der Unterentwicklung in der Existenz zweier gegensätzlicher Blöcke gesehen wird, die als Ost-West-Konflikt den Nord-Süd-Konflikt überlagert. Das Wettrüsten, die Rüstungsproduktion, der Waffenexport und die Stellvertreterkriege der Hegemonialmächte USA und UdSSR beanspruchen Ressourcen, die den Entwicklungsländern vorenthalten oder gar entzogen werden.

◆ Ein überraschendes, mutiges Experiment des Papstes und Neuland der römischen Sozialverkündigung ist die theologische Deutung der Weltlage. Die tieferen Ursachen der weltweiten Unterentwicklung gehen nach der Meinung Johannes Pauls II. über die analysierten ungesteuerten Mechanismen, die fast automatisch wirken, aber vom Willen der Menschen gelenkt werden, hinaus. Es sind „Strukturen der Sünde“, die humane, persönliche Wurzeln haben, nämlich „die Gier nach Profit“ und „das Verlangen nach Macht um jeden Preis“.

◆ Ein Ausbruch aus der Verstrickung der ungesteuerten automatischen Mechanismen, der Strukturen der Sünde besteht in einer radikalen persönlichen Umkehr, in der Tugend der Solidarität. Diese ist nicht jene gesellschaftliche Steuerungsform eines verbindlichen, asymmetrischen Interessenausgleichs. Sie wird vom Papst definiert als „die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das allgemeine Wohl einzusetzen“. Der Appell zu einer Art Pro-Solidarität richtet sich an die Stärkeren, den Schwächeren zu helfen. Ein Appell zur Kon-Solidarität gilt den Schwächeren und Unterdrückten, sich zu einer Praxis der Selbstorganisation zu entschließen.

2.3 Johannes Paul II.

Zwei Jahre nach dem Fall der Mauer, nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus veröffentlicht der Papst ein „rundes“ Jubiläumsrundschreiben. Die Deutung der Ereignisse dieses markanten Jahres bildet die Spiegelachse des Textes. Sie provoziert eine Kette von vier Leitfragen: „Kann man sagen, dass nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus das überlegene System sei? Ist er vielleicht das Modell, das den Ländern

der Dritten Welt vorgeschlagen werden sollte, die nach dem wahren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt suchen? Hat der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gesiegt? Und wenn er gesiegt hat, hat er Recht?“.

Die Antwort des Papstes auf die letzte Frage ist ambivalent: Sie ist einerseits positiv: Der Kapitalismus hat gesiegt und er hat Recht, wenn unter Kapitalismus ein Wirtschaftssystem verstanden wird, das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel sowie die freie Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt. Die Antwort ist andererseits entschieden negativ: Der Kapitalismus mag gesiegt haben, aber er hat nicht Recht, wenn ein solches System die bekannten menschlichen Defizite reproduziert, nämlich die Ausgrenzung und Ausbeutung der Menschen in der dritten Welt, den Mangel an materiellen Gütern und Wissen, ihr materielles und moralisches Elend; zudem die Entfremdung vieler Menschen in den Industrieländern, die so genannte Vierte Welt. Und wenn dieses System wie der harte Kapitalismus darauf beharrt, dass dem Kapital und dem Eigentum an Produktionsmitteln die Vorherrschaft über die freie Subjektivität der menschlichen Arbeit gebührt.

Angesichts der zwei Alternativen ist die naive Behauptung unhaltbar, die Niederlage des so genannten realen Sozialismus lasse den Kapitalismus als einziges Modell wirtschaftlicher Organisation übrig. Die westlichen Länder sollten sich vielmehr darum kümmern, an ihrem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen. Worin sollen diese bestehen? Die Unternehmen sollten nicht mehr ausschließlich als Kapitalgesellschaften, sondern als eine Gemeinschaft von Menschen begriffen werden, die sich in eigener Sache in ihrem Unternehmen und für ihr Unternehmen engagieren. Zudem werden in Zukunft die wichtigste Ressource und der entscheidende Produktionsfaktor weder Grund und Boden noch die produzierten Produktionsmittel sein, sondern die Menschen, ihr Wissen und Können, ihre Organisationskraft und Solidarität. Folglich könnte die ältere zweipolige Gegenüberstellung von Arbeit und Kapital in eine dreipolige Kooperation derer überführt werden, die das Kapital, die leitende Arbeit und die ausführende Arbeit in das Unternehmen einbringen. Ein solcher menschengerechter und demokratischer Kapitalismus kann den Ländern der Dritten Welt vorgeschlagen werden, um die dramatische Situation der Unterentwicklung zu beseitigen, in der sich dieser Teil des gemeinsamen Planeten befindet.

3. Der öko-soziale Konflikt

Ernst Ulrich von Weizsäcker hatte 1989 erklärt, die Umweltfrage werde die soziale Frage des 21. Jahrhunderts sein, eines Jahrhunderts der Umwelt. Bestätigt ihn die kirchliche Sozialverkündigung, wenn auch zögernd und ein wenig verspätet?

3.1 Johannes Paul II.

In dem Rundschreiben „Centesimus Annus“ beobachtet der Papst in den Industrieländern einen Lebensstil, der mehr auf das Haben als auf das Sein ausgerichtet ist. Ein verbreiteter Konsumismus lässt Verbrauchsgewohnheiten und Lebensweisen entstehen, die der körperlichen und geistigen Gesundheit schaden oder die Entfaltung der Persönlichkeit verhindern. Jene Menschen, die mehr vom Verlangen nach Genuss als nach persönlicher Reife erfüllt sind, konsumieren maßlos, beanspruchen undiszipliniert Ressourcen der Erde und gefähr-

den damit die eigene Existenz. Die gedankenlose Zerstörung der Umwelt hat ihren tieferen Grund in einem anthropologischen Irrtum: Die Menschen meinen, willkürlich über die Erde verfügen zu können. Sie empfinden sich nicht als Mitarbeiter Gottes, sondern setzen sich selbst an die Stelle Gottes.

Neben der sinnlosen Zerstörung der natürlichen Umwelt erwähnt der Papst die Zerstörung der menschlichen Umwelt, die noch schwerwiegender sei. Während man sich darum sorgt, die Lebensbedingungen von Tierarten zu schützen, die vom Aussterben bedroht sind, kümmernere man sich viel weniger um die moralischen Bedingungen einer authentischen „Humanökologie“. Der Mensch als ein Geschenk Gottes müsse die natürliche und moralische Natur, mit der er ausgestattet ist, beachten.

Die Ökologie als Leitwährung zu verwenden, um persönliche Handlungsfelder als „Humanökologie“ oder eine urbane Stadtgestaltung als „Sozialökologie“ zu bezeichnen, ist als eine behutsame Art ökologischer Pionierleistung in der römischen Sozialverkündigung zu respektieren. Sie hat offenbar Papst Franziskus bei der Konzeption seines öko-sozialen Rundschreibens „Laudato si“ beeindruckt.

3.2 Franziskus

Das Rundschreiben „Laudato si“ ist eine mehrfache Überraschung: Es beginnt mit einem Lied, das den Sonnengesang des Franz von Assisi nachgebildet ist, und endet mit zwei Gebeten; eines können alle Menschen guten Willens sprechen, ein anderes ist für Christen, die es mit allen Geschöpfen beten. Die Sprache ist - in der Ich-Form - sehr persönlich gehalten, die Leserinnen und Leser werden unmittelbar berührt.

Der Papst schildert in bewegender Absicht, was die gegenwärtige Menschheit dem gemeinsamen Haus, der Erde antut. Sein Blick gilt der Luftverschmutzung, der sinkenden Boden- und Wasserqualität, dem Verlust der biologischen Vielfalt, dem Smog und Lärm in den Megastädten, der Ressourcenverschwendung und Wegwerfkultur, dem unkontrollierten CO₂-Ausstoß und der Veränderung des Klimas. Der politische Weckruf, der sich auf anerkannte wissenschaftliche Studien beruft, wird durch ein religiöses Bekenntnis: „Das Evangelium von der Schöpfung“ ergänzt.

Das Rundschreiben wurde von den Medien als „Umweltenzyklika“ aufgenommen und verbreitet. Es ist jedoch ein öko-soziales Rundschreiben. Der Papst erkennt eine enge Verbindung zwischen der Verletzung der natürlichen Umwelt und dem Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Schrei der Mutter Erde ist zugleich der Schrei der Armen und Unterdrückten. Zum einen sind die Umweltschäden durch die sozialen Verwerfungen zwischen den reichen und armen Ländern sowie innerhalb dieser Länder verursacht. Und zum andern leiden die Ärmsten als erste unter den Folgen der Klimaveränderung, können sich jedoch nicht ausreichend gegen Überschwemmungen, Dürreperioden und Wasserknappheit schützen. US-Katholiken hatten darauf bestanden, dass der Kampf gegen die globale Armut Vorrang habe gegenüber dem Klimaschutz. Erst sollten Investitionen in die medizinische Versorgung, in Bildung und den Zugang zu sauberem Wasser fließen. Dem Klimaschutz könnten sich nachfolgende Generationen widmen. Aber die Klimaveränderungen machen die mühsam erzielten Fortschritte der Armutsbekämpfung in Afrika, Asien und Lateinamerika

zunichte, bestätigten Bischöfe aus diesen Kontinenten. Dem schließt sich der Papst an: Der Klimawandel und die globale Armut zerstören gleichzeitig das Leben auf der Erde.

Die Industrieländer und die weniger entwickelten Länder schieben sich wechselseitig die Hauptschuld an der Zerstörung der Umwelt vor. Der weltwirtschaftliche Norden verweist auf das ungebremste Bevölkerungswachstum, eine extensive Landwirtschaft, das Verbrennen von Holz und die Abholzung der Wälder. Die ärmeren Länder verweisen auf den Lebens- und Konsumstil einer Minderheit von 20 Prozent der Weltbevölkerung, die derart verschwenderisch mit den Ressourcen der Erde umgeht, dass deren Belastbarkeit längst überschritten ist. Wo sauberes Trinkwasser fehlt, fruchtbare Böden knapp werden, die Gesundheit von Kindern bedroht ist, seien militärische Konflikte und als deren Folge Fluchtbewegungen unausweichlich.

Bei der Suche nach den tieferen Ursachen der öko-sozialen Krise stellt der Papst die Machtfrage, streut die Antwort jedoch in vage formulierte und quasi-fatale Konstrukte - neben einem so genannten technokratischen Paradigma nennt er die Technologie und die Technik, zudem den Konsumismus als das subjektive Spiegelbild eines techno-ökonomischen Paradigmas, die Produktionsverhältnisse, den vergötterten Markt, das privatrechtliche Erfolgsmodell der unternehmerischen Gewinnmaximierung sowie Machteliten in der Finanzsphäre und in der Realwirtschaft, welche sich die Technik im eigenen Interesse aneignen und sich die Politik unterwerfen.

Handlungsorientierungen richtet der Papst an Regierungen, damit sie verbindliche politische Absprachen auf internationaler Ebene treffen. Gegenüber zivilgesellschaftlichen Umweltinitiativen im regionalen und kommunalen Raum hegt er hohe Erwartungen. Breiten Raum beanspruchen die Anregungen zur ökologischen Spiritualität und zum erzieherischen Engagement, damit Kinder und Jugendliche den Eigenwert aller Lebewesen achten lernen.

Innovativ ist die Übertragung des Grundsatzes der allgemeinen Bestimmung der Erdengüter auf die natürliche Umwelt: Das Klima, die Atmosphäre, die Ozeane, die Wälder sowie die in der Erde ruhenden fossilen Energien: Kohle, Gas und Erdöl sind globale Gemeinschaftsgüter, die der rein privatwirtschaftlich rentablen Verwertung entzogen und durch ein internationales Regelwerk geordnet werden mussten. Dies wird darauf hinauslaufen, dass ein Großteil der in der Erde und in den Ozeanen noch vorhandenen Ressourcen um des Klimaschutzes willen ungenutzt bleibt und infolgedessen monetär an Wert verliert. Das Privateigentum ist eben kein unantastbares Recht, es ist der Bestimmung des Gemeinschaftsgutes der natürlichen Umwelt für alle nachgeordnet.

4. Eine hermeneutische Revolution

◆ Während der Präsentation der römischen Sozialrundschriften von Leo XIII. bis Franziskus ist eine Schnittstelle der Vorgehensweise unverkennbar geworden, die durch die Pastoral-Konstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils verursacht ist. Im Urteil von Karl Rahner war diese Konstitution „der Anfang des Konzils“. Der Text der Konzilsvorlage, der von der Kurie ausgearbeitet war, wurde von den Bischöfen total verworfen. Deren Merkmale waren nämlich die traditionelle katholische Soziallehre als eine deduktive Prinzipienethik. Diese bediente sich einer philosophisch-naturrechtlichen Argumentation: Aus dem Sein folgte das Sollen, aus der Erkenntnis von Tatsachen wurden normative Schlussfolgerungen gezogen. Zudem

wurden fundamentale Ordnungsgefüge der Gesellschaft rekonstruiert: Familie, Privateigentum, Staat. Es gab keinen Verweis auf die Bibel und keine theologische Rückbesinnung.

◆ Die Bischöfe entschieden sich zu einer „hermeneutischen Revolution“, die ihren Ursprung im frankophilen Sprachraum und in der Theologie der Befreiung hatte. Beeinflusst war sie zudem von der methodischen Schrittfolge: „Sehen, Urteilen, Handeln“ bzw. der Leitformel: „Die Zeichen der Zeit erkennen und im Licht des Evangeliums deuten“. Diese Formeln hatte Papst Johannes XIII. in die kirchliche Sprache eingeführt. Deshalb findet sich in den Konzilstexten die herkömmliche Marke: „katholische Soziallehre“ - mit einer Ausnahme - überhaupt nicht mehr.

◆ Die Pastoralconstitution und die römische Sozialverkündigung folgen seitdem in groben Zügen mit wenigen Abweichungen der neuen Vorgehensweise: Sie lässt sich so skizzieren: Zuerst wird versucht, in groben Zügen die gesellschaftliche Situation einzufangen, die den Kontext der Kirche bilden. Ihr folgt eine ökonomische und öko-soziale Diagnose, die an sozialwissenschaftliche und ökonomische Erkenntnisse anschlussfähig ist. Danach wird versucht, zwischen biblischen Erzählungen, Bildern, Gleichnissen und den Erfahrungen, die Christen in der heutigen Zeit machen, eine Konvergenz aufzuspüren und zu rekonstruieren. Prophetische Impulse und vernunftethische Reflexionen liefern die Vorlagen für innovative Optionen und pragmatische Orientierungen in der öffentlich-politischen und in der privaten Sphäre.